

13. JULI 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/143

Bonn, den 13. Juli 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Die Koalition der Verlierer

20

Zur Regierungsbildung in Düsseldorf

Von Franz Barsig

2a

Maßloser Erhard

46

Bedenkliche Auswirkungen für das Sozialklima

3 - 4

Der Auslandsbericht:

Die neue türkische Regierung

82

Schwierigkeiten auf dem Wege zur Demokratie

Von Dr. Basil Katicopoulos

5 - 7

Die Vergesellschaftung der Grundwerte (II und Schluss)

Sozialismus vorgestern und heute

Von Willi Eichler

Mitglied des Parteivorstandes der SPD

* * *

* *

Chefredakteur Günter Markscheffel

Die Koalition der Verlierer

Von Franz Barsig

Der noch zu wählende nordrhein-westfälische Ministerpräsident, Franz Meyers, meinte am Donnerstag, als er den Wahrnehmungen derjenigen entgegen-
treter musste, die auf den Wandelgängen des Landtagsgebäudes aus der CDU-
Fraktion das gehört hatten, was man allgemein mit Turbulenz bezeichnet,
das beruhe auf einem Irrtum und sei ausschliesslich auf die Akustik des
hohen Fraktionsaals zurückzuführen. Man kann das glauben oder man könnte
darüber spötteln, aber es wird sich sehr bald zeigen, dass das, was sich
in der CDU am Donnerstag abgespielt hat, mit Raumarchitektur und Akustik
sehr wenig zu tun hat. Die Koalition der Verlierer in Düsseldorf hat sich
zwar gebildet, aber auch diese Koalition wird am Schicksal ihres Bonner
Modells teilhaben. Sie wird zur Koalition der Sterilität, zur Koalition
der Kröche verurteilt sein, und wer heute schreibt, dass die SPD für wei-
tere vier Jahre dazu verurteilt sei, draussen vor der Tür zu stehen, der
sollte daran denken, dass vier Jahre eine sehr lange Zeit sind und die
90 Mandate der SPD im nordrhein-westfälischen Landtag auf den Verlierern
dieser Wahl wie ein Alpdruck liegen und ihnen manchen unruhigen Tag und
manche schlaflose Nacht bereiten werden.

Man mag die Dinge drehen und wenden wie man will, geboren ist diese
Koalition nicht in Düsseldorf, sondern in Bonn und sie ist ein Ausfluss
dessen, was man fälschlicherweise als "Friedenskonferenz" bezeichnet hat.
Es ging in Düsseldorf zwar schneller als in Bonn, aber im Grunde genommen
hat sich alles unter den gleichen Vorzeichen wie im Herbst 1961 abgespielt.
Die FDP, die vor den Wahlen den Mund nicht voll genug nehmen konnte, hat
gekuschelt und die CDU hat sich der besseren Einsicht verschlossen.

Es liegt uns fern, auch nur irgendetwas zu tun, was den konfessionel-
len Frieden gerade in diesem Lande in Frage stellen könnte und bei den Ver-
handlungen spielten diese Probleme zwischen CDU und SPD auch keine Rolle.
Aber war es nicht die FDP, die unabdingbare Forderungen stellte, die Ände-
rungen des Privatschulgesetzes verlangte und sich als Untäufer von Schulen
bestätigen wollte? Die Einigungsformel lautet jetzt, dass diese Forderun-
gen hinter übergeordneten Gesichtspunkten zurückzutreten hätten.

Was aber sind in Wirklichkeit die übergeordneten Gesichtspunkte? Es
ist der Wunsch eines alten Mannes in Bonn, der in der Vergangenheit lebt
und die Zukunft nicht mehr meistern kann und für den es zur Staatsräson

geworden ist, die Sozialdemokraten unter allen Umständen aus der Regierung herauszuhalten. Es ist das in Keim kranke Koalitionsbündnis von Bonn, das durch eine Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen zwischen CDU und SPD die offene und galoppierende Schwindsucht bekommen hätte.

Die CDU wird ihrer Entscheidung nicht froh werden. Sie hat einen Partner erhalten, dem in Nordrhein-Westfalen - in anderen Ländern mag das anders sein - Loyalität und das Stehen zu seinem Wort einigermaßen fremde Begriffe sind. Sie hat sich dazu Schwierigkeiten in den eigenen Reihen auf den Hals geladen, denn auch in der CDU ist seit dem September 1961 die Erkenntnis immer stärker im Wachsen, dass man an einem Bündnis, bei dem sich der Partner der Lösung der sozialen Fragen hemmend und blockierend in den Weg stellt, nur selber Schaden leiden kann.

Ist die SPD nun, wie man es heute in manchen Kommentaren schon lesen kann, verbittert, dass sie vorerst nicht an der Regierung in Nordrhein-Westfalen teilhat? Warum sollte sie eigentlich? Sie hat diese Wahlen gewonnen, sie weiss, welche Kraft sie darstellt und sie sieht schon jetzt, welche Verfalls-Koalition sich gegen sie bildet. Ihr kommt es nie darauf an, unter allen Umständen in eine Regierung einzutreten, und wenn der zu wählende Ministerpräsident rügt, dass die SPD bei den Koalitionsverhandlungen Ressorts verlangt hat, in denen wichtige Entscheidungen zu treffen seien, so liegt er genau richtig, denn eine Sozialdemokratie mit diesem Wahlerfolg in der Tasche und von dieser Stärke ist eben nicht, wie es Heinz Kühn gesagt hat, zu Sommerschlussverkaufspreisen zu haben.

Die letzte Frage ist, wie der Wähler das sich anbahnende Bonner Experiment in kleinerer Ausgabe beurteilt. Hätte er es gewollt, dann hätte er CDU und FDP nicht so empfindlich abrutschen lassen. Wäre er der Meinung gewesen, die SPD solle in der Opposition bleiben, dann hätte er dieser Partei nicht in so eindrucksvoller Weise sein Vertrauen geschenkt. Im Sinne des Wählers liegt die in Düsseldorf getroffene Entscheidung jedenfalls nicht. Aber er wird trotzdem nicht enttäuscht werden, denn auf die Dauer wird man gegen eine Opposition von dieser Kraft nicht regieren können. Wenn die falschen Flitterwochen vorbei sind, wird es sich sehr schnell zeigen, wer die klarere Konzeption und das grössere Stehvermögen hat. Wenn die Kölner jemanden bedauern, dann sagen sie äärm Kind - nach dem, was sich gestern in Düsseldorf abgespielt hat, kann man nur sagen, äärm Koalition, ne?

Maßloser Erhard

sp - Was tut eigentlich unser Bundeswirtschaftsminister? Trifft er wirksame Maßnahmen gegen die gerade in letzter Zeit so unangenehm auffallenden Preissteigerungen, versucht er wenigstens, mit ein Sozialklima in der Bundesrepublik herbeizuführen, das sachliche Diskussionen ermöglicht, wie sie unter vernünftigen Menschen üblich sind? Er tut weder das eine noch das andere. Stattdessen schlägt er wild um sich, gegen die Gewerkschaften, gegen die "Bummelanten" unter den Arbeitnehmern.

Erhard, der Prediger des Maßhaltens, hat selbst das Maß verloren. Seine kürzlich in München und in Mainz gehaltenen Reden verrieten einen Mann, der nicht mehr auf sicherem Boden steht und nun Zuflucht zu Anreden und Beleidigungen grosser Bevölkerungsschichten nimmt. Gewiss, es gibt unter den Arbeitnehmern Bummelanten - aber sind sie repräsentativ für die Masse der deutschen Arbeitnehmer? Stimmt das düstere Bild, das der Bundeswirtschaftsminister Erhard über die angeblich sinkende Arbeitsmoral entwarf, wie erklärt sich dann die unbezweifelbare, von ihm selbst gelobte Tatsache, dass die Bundesrepublik immer noch an zweiter Stelle im Welthandel steht, deutsche Waren eben wegen ihrer Qualität in der ganzen Welt gefragt werden? In dieser Leistung drücken sich der Fleiss und die Fähigkeiten des deutschen Arbeiters aus.

Erhard tut der Masse der deutschen Arbeitnehmer bitter unrecht. Will er durch seine wilden Ausfälle die Richtungslosigkeit seiner Wirtschaftspolitik verdecken und die Ohnmacht seines Ministeriums, dämpfend auf das sich verhärtende Sozialklima einzugreifen? Bitter und verständlich war die Reaktion der Gewerkschaften auf diese Ausfälle. Erhard wäre gut beraten, das Gespräch mit den Vertretern der grössten Arbeitnehmerorganisation zu suchen, statt die Öffentlichkeit mit Unkenrufen zu alarmieren, denen die Glaubwürdigkeit fehlt. Warum scheut der Bundeswirtschaftsminister ein solches Gespräch?

*

"Dass die Lebenshaltungskosten in den letzten zwölf Monaten um vier Prozent gestiegen sind, mehr als jemals in einem entsprechenden Zeitraum seit der Währungsreform, scheint der Bundeswirtschaftsminister nicht zu interessieren. Dabei ist mit einer solchen Verteuerung doch ein kritischer Punkt erreicht. Sobald nämlich der Preisanstieg höher ist als der Zinssatz auf dem Sparkonto, beginnt der Substanzverlust, und dann lohnt es nicht mehr, noch zu sparen. Mit der theatralischen Erklärung Erhards, er wolle durch die Zusammenarbeit mit Bundesfinanzminister Starke und die Ablehnung aller weiteren Ausgaben die Geldstabilität erhalten, ist uns nicht geholfen. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten um vier Prozent bedeutet: Die Hausfrau muss für die gleiche Warenmenge, für die sie Mitte vergangenen Jahres 100 Mark gezahlt hat, jetzt 104 Mark aufwenden. Damit wird die Lohnaufbesserung, die hier und da in den letzten Monaten mit höchstens fünf Prozent netto eintrat, fast voll aufgezehrt.

Glaubt Erhard, dass die Arbeitsmoral ansteigen kann, wenn die arbeitenden Menschen so um die Früchte ihrer Arbeit gebracht werden? Hier sollte der Minister eingreifen, wenn er den Leistungswillen der Arbeiterschaft anreizen möchte, denn wer mehr arbeiten soll, will dafür einen Gegenwert sehen." (Alfons Montag in der "Frankfurter Rundschau")

Die neue türkische Regierung

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Noch einmal hat der alte, erfahrene Führer der türkischen Volkspartei, İsmet İnönü, sein Land vor den Gefahren einer unsicheren Zukunft, zumindest provisorisch, bewahrt.

Am 30. Mai war es zu dem Rücktritt der nach der Revolution von 1960 unter İnönü amtierenden Koalitionsregierung gekommen. Ursache war die unnachgiebige Haltung beider Partner, sowohl der Volkspartei als auch der Gerechtigkeitspartei (des inzwischen hingerichteten, ehemaligen Ministerpräsidenten Menderes) in der Frage der Amnestierung von 500 führenden Politikern des früheren Regimes. İnönüs Wunsch war es, die Begnadigungsaktion schrittweise durchzuführen, während die Gerechtigkeitspartei auf einer sofortigen Totallösung bestand. Die Fronten versteiften sich; die Koalition brach auseinander. Im Lande kam es zu Krisenstimmungen, und mehr als einmal seit jenem vorletzten Tag des Monat Mai drohte eine Machtübernahme durch das Militär, bis sich endlich am 26. Juni, wieder unter İsmet İnönü, die neue Regierung konstituierte, bestehend aus Volkspartei (mit 12 Ministersitzen), der Partei der Neuen Türkei (6) und den Nationalen Bauern (4), als Opposition nunmehr die Gerechtigkeitspartei.

Die Bauern drängen

Vermutlich wird sich die Staatsführung keine Sorgen um einen etwaigen Mangel an Aufgaben zu machen brauchen. Dafür sorgen schon seit geraumer Zeit die Bauern, die noch zu gut die Zeit des Landwirtschaftswunders unter Menderes in Erinnerung haben, als dass sie sich ganz ohne weiteres mit der unter dem neuen Kurs einsetzenden Kürzung ihrer Subventionen abfinden könnten. Sie boykottieren die Wirtschaftspolitik und den Fünfjahresplan, der seit der Revolution nicht mehr die private Initiative fördert und belohnt, sondern im Sinne der Regierung İnönü, die breiten Mittelschichten zum Träger des Staates werden zu lassen, unter strengster Kontrolle abläuft. Erfüllen jedoch dürfte sich die gesamte Planung nur, wenn die von Ankara erbetene 300 Millionen Dollar-Unterstützung seitens der USA gewährt wird, was angesichts der bitteren Erfahrungen Washingtons mit türkischen Schulden noch nicht völlig geklärt ist. Milliarden US-Dollars sind seit Beginn des Marshallplans den immer noch kranken Mann am Bosphorus zugekommen - die Korruption sog sie auf wie der trockene türkische Ackerboden den Regen, nichts blieb für eine Hebung des Lebensstandards im Volk.

Was wird die Armee tun ?

Wie ein Granitblock liegt ferner auf dem Wege der Demokratisierung des Landes die anatolische Armee. Nur ein Teil des Militärs vertraut dem Nestor der türkischen Politik, dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten. Der andere, Oberst Alpasla Turkesch mit 13 anderen jungen Offizieren, ist

noch nicht zu Wort gekommen, weil diese Männer, Mitstreiter in der Revolution von 1960, sämtlich dynamische Elemente, von Staatspräsident Gürsel, der ihre Gegenrevolution fürchtete, als Militärattachés in verschiedene Länder des fernen Ostens praktisch in Verbannung geschickt worden waren. In zwei Monaten nun werden sie heimkehren, und niemand in Ankara nimmt an, dass sie inzwischen ihren Plan von einer freien und neutralen Türkei im Stile des Haase-Staates aufgegeben haben.

Ausser diesen Problemen existieren nun die ganz aktuellen Nöte der Gegenwart, der grosse wirtschaftliche Rückgang und die ständig wachsende Arbeitslosigkeit auf dem Land. In der Osttürkei haben die PKKler ihr Handwerk wieder aufgenommen und geniessen dabei sogar den Schutz und die aktive Mithilfe ihrer Priester und Agas. Gendarmerie allein steht dieser Situation hilflos gegenüber, so dass man zur Zeit im Innenministerium erwägt, reguläre Truppenverbände in die unsicheren Gebiete zu entsenden.

In Erwartung von Streiks

In verschiedenen Zweigen der Industrie scheint man sich nach Ansicht von Beobachtern in Ankara auf Streiks vorzubereiten. Während der Allgemeine Gewerkschaftsbund an die Mitglieder von Regierung und Parlament Briefe verschickt, die die Forderung enthalten, unbedingt in nächster Zeit Gesetze zu verabschieden, in denen ein gewisser Schutz für die arbeitende Bevölkerung gewährleistet wird, wie das Streikrecht, die Angleichung der Mindest-Tageslöhne an das Existenzminimum und die Einrichtung wirksamer Sozialversicherungen.

Folgender Fall mag die Angabe weiterer Gründe erübrigen: In Ankara gibt es einen Betrieb, dessen 200 Beschäftigte schon seit zwei Monaten ohne Lohn sind. Andere öffentliche Verkehrs- und Elektrizitätsgesellschaften der Hauptstadt planen Selbsthilfemassnahmen zu einer Durchsetzung höherer Tageslöhne.

Trotzdem: İnönü bleibt das beste Kapital der Türkei

Trotz aller beobachteten und zitierten Schwierigkeiten des türkischen sozialen und wirtschaftlichen Lebens wäre es doch verfehlt, auf eine eventuelle Schwäche oder mangelndes Prestige der neuen Regierung schliessen zu wollen. Ministerpräsident İnönü ist ein Kapital für sein Land, ebenso wie die - man darf schon beinahe sagen - traditionell hervorragende Aussenpolitik, die im Augenblick in den Händen Minister Erkins, eines bewährten Freundes des Westens, liegt. Ankara befindet sich auf dem Wege zu engerer Zusammenarbeit mit den Ländern der NATO - insbesondere mit den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland - und in seinem Ministerpräsidenten Ismet İnönü besitzt es den Träger des Verständigungswillens zu seinem nächst-westlichen Nachbarn, Griechenland.

Die Vergesellschaftung der Grundwerte (II und Schluss)

Sozialismus vorgestern und heute

Von Willi Eichler

Mitglied des Parteivorstandes der SPD

Das Godesberger Programm hat den Sinn des Sozialismus, der in jedem Sozialisten lebendig war, der für seinen Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen zum Teil unerhörte Opfer gebracht hat, an die Spitze des Programms gestellt. Das hat es trotz der Abwertung dieser Grundwerte durch die "marxistische" Literatur getan, die sich dabei ihrerseits auf die Ideologisierung dieser Werte durch die bürgerliche Literatur zur moralischen Verteidigung der bestehenden Zustände berief. Der menschenfeindliche Mißbrauch, theoretisch und ideologisch, der Ideale der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität beweist aber nicht den "bürgerlichen" Charakter dieser Werte, sondern ihre Mißhandlung durch Bürger, die Notwendigkeit, sie allen zugänglich zu machen - eine Überzeugung, die, wie wir gesehen haben, bei der Geburt der sozialistischen Bewegung Pate gestanden hat. Aber statt sich auf die "Vergesellschaftung der Grundwerte", wie man es nennen könnte, zu konzentrieren und damit das Erbe des großen Freiheitskampfes weiterzuführen, hat bis zum Überdruß groß und klein der Anhänger der marxistischen Glaubenslehre nachgebetet, was Karl Marx in seiner "Adresse über den Bürgerkrieg in Frankreich" (Mai 1871) schrieb:

Die Arbeiterklasse "hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Gesellschaft entwickelt haben".

Was Marx meinte

Im Schoß der alten Gesellschaft aber entwickeln sich viele Elemente. Was hier gemeint ist, ist das angeblich zum Sozialismus (oder Kommunismus) "unvermeidlich" hindrängende, das der Arbeiterschaft ihre "Befreiung" bringt. Dieses Element "in Freiheit" zu setzen aber bedeutet mehr, als einen kommunistischen Embryo, das nun einmal im "Schoß der Gesellschaft" entwickelt war, bloße Geburtshelferdienste zu leisten. Marx erklärt der Arbeiterklasse diesen Vorgang als "eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse", die zum siegreichen Ende zu führen, ihre "geschichtliche Sendung", also ein Menschheitsideal sei, den sie "in vollen Bewußtsein" und "mit dem Heldenentschluß", seiner "würdig zu sein", dienen sollte. Wie immer man die angebliche "Unvermeidlichkeit" des Sieges des Proletariats ansieht - Marx stellt hier für die "Befreiung" der Arbeiterklasse, also für ein Ideal, Anforderungen wie "Sendungsbewußtsein" und "Heldenmut", die zeigen, daß gerade die Arbeiterklasse, weil sie nicht nur an sich, sondern an die ganze Gesellschaft denkt, Ideale zu verwirklichen hat - die von der Bourgeoisie längst im Stich gelassen wurden, seitdem sie den Citoyen überwunden hat.

Freilich, und damit haben Marxisten und andere Leute recht: Ethische Forderungen genügen nicht, um die Umgestaltung der Gesellschaft in Gang zu bringen. Engels sagt irgendwo im Anti-Dühring: Wenn wir keine bessere Sicherung für den Sozialismus hätten als das Bewußtsein, daß die kapitalistische Verteilungsweise ungerecht ist, dann wären wir Übel dran. Natürlich wären wir das - aber wir sind nicht besser dran zu hören, daß sie ein Widerspruch ist. Denn ebensowenig wie das Unrecht, verschwinden die angeblichen Widersprüche von selbst aus der Welt. Das Unrecht zu beseitigen ist Aufgabe der ethisch Ansprechbaren, derjenigen, die die notwendige "Einheit von Theorie und Praxis" darin sehen, daß das als recht und gut Erkannte, das sittlich und rechtlich Notwendige, in der Gesellschaft politisch verwirklicht wird. So und nur so darf man die Rolle der Ethik im sozialistischen Befreiungskampf sehen.

Der Irrtum Karl Kautskys

Wenn Abendroth die Vergesellschaftung der Produktionsmittel mit dem Sozialismus geradezu identifiziert, so folgt er damit den Spuren Karl Kautskys, der 1918 in einer Broschüre "Die Diktatur des Proletariats" schrieb:

"Genau genommen ist jedoch nicht der Sozialismus unser Endziel, sondern dieses besteht in der Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse (Erfurter Programm)".

Hier wird also von Kautsky der ursprüngliche Sinn des Sozialismus, die Beseitigung der Ausbeutung und Unterdrückung, als "Endziel" ausgegeben, das hier nicht mehr als Sozialismus gilt. Was aber ist Sozialismus? Kautsky sagt dazu: "Würde uns nachgewiesen, daß ... die Befreiung des Proletariats und der Menschheit auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln zu erreichen sei, dann müßten wir den Sozialismus (!) über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben, ja wir müßten es tun, gerade im Interesse dieses Endzieles."

Sozialisierung und Sozialismus sind als bei Kautsky das gleiche. Und das war nicht nur seine Auffassung. Man erwartete von der allgemeinen Sozialisierung der Produktionsmittel die Erreichung des "Endzieles", die "freie Association". Das Godesberger Programm bleibt beim eigentlichen Ziel und sieht die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht mehr als Allheilmittel an. Es bleibt die Frage: Dient die allgemeine Vergesellschaftung der Produktionsmittel der Freiheit und der Gerechtigkeit? Wenn das nicht der Fall ist, dann müssen wir nicht den Sozialismus aufgeben wie Kautsky und Abendroth sagen, sondern die Sozialisierung.

Was die Einschätzung der Sozialisierung als eines Mittels zur Befreiung der arbeitenden Menschen angeht, so ist sehr wohl zu verstehen, warum sie so bedeutsam schien. Die unkontrollierte und unbeschränkte Macht der Produktionsmittelbesitzer, ist in der Tat unvereinbar mit einer demokratischen Ordnung, die Freiheit und Menschenwürde schützen soll. Aber diese Macht ist nicht mehr unbeschränkt. Die Gewerkschaften, voll anerkannt in ihrer Rechten, stellen eine erhebliche Gegenmacht dar; die Politik der Vollbeschäftigung hat die "industrielle Reservearmee" weitgehend demobilisiert; die Mitbestimmung der Arbeiterschaft ist in Prinzip anerkannt und zum Teil verwirklicht. Arbeitsrecht und Sozialpolitik haben viele elementare Hilflosigkeiten des arbeitenden Menschen beseitigt. Seinem Anspruch auf Bildung wird mehr und mehr entsprochen, seine Befähigung, in besser bezahlte Stellen zu kommen und seine Möglichkeiten, am kulturellen Leben aktiv teilzunehmen, werden damit erhöht. Auf der anderen Seite soll die Kartellkontrolle ökonomisch nicht begründete Machtzusammenballungen der Industrie verhindern und begründete unter Kontrolle stellen, kann die öffentliche Hand, die heute mehr als ein Drittel des Sozialproduktes verwaltet, regelmäßig in den Wirtschaftsprozess eingreifen - durch Maßnahmen der "Voraussicht und Einsicht", wie Marx in der Inaugural-Adresse (1864) sagt, etwa durch eine Umverteilung der Einkommen, durch eigene Investitionen oder Investitionslenkung. Und schließlich hat die Wissenschaft Mittel und Wege aufgefunden, die früher scheinbar unvermeidlichen Krisen mit ihren fürchterlichen Folgen für die Arbeiterschaft weitgehend zu verhindern. Endlich aber und letztlich: Das neue Programm erklärt keineswegs, daß die Überführung von Produktionsmitteln in Gemeineigentum kein Mittel sozialistischer Politik sei.

Die Faszination, die für Abendroth von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ausgeht, läßt ihn das "riesige Experiment der sozialistischen ursprünglichen Akkumulation im Industrialisierungsprozeß der UdSSR" zwar mit einigen verurteilenden, aber in vieler Hinsicht entschuldigenden Argumenten begleiten. Die objektiven Schwierigkeiten dieses "Experiments" wird jeder begreifen - aber was nötigte die russischen Gewalthaber, es auf diese Weise zu beginnen? Ihre manisch-utopische Besessenheit, Vollstrecker eines historischen Processes zu sein, den sie selber, und niemand sonst eingeleitet haben, und in dem sie die konzentrierte Macht über Sachen und Menschen einem der größten Verbrecher aller Zeiten - für drei Jahrzehnte! - auslieferten. Hatte es auch nur die Spur mit dem Sozialismus als einer Freiheits- und Menschheitsaufgabe zu tun, wenn Millionen Unschuldiger, die nicht mal aktive Opponenten waren, ermordet wurden? Läßt es sich mit Übergangsschwierigkeiten aus "einem halbbarbarischen" Experiment erklären, wenn dieses Land andere Länder weit besser entwickelt und weit besser regiert, versklavte und weiter einfach in seinen Herrschaftsbereich einbezieht - viel schlimmer als der mit Recht verurteilte Imperialismus der anderen, der sich langsam zu besseren Formen hat bekehren lassen? Ändert der Kolonialismus sein Wesen, wenn die UdSSR ihn betreibt?

Opfer sinnlos vergeudet

Vielleicht startet Abendroth hier einmal mit seinem angeblich kritisch-sozialistischen Denken und bedenkt dabei, daß nicht nur deutsche Sozialdemokraten eine Korrektur ihrer Vorstellungen vorgenommen haben! Niemand verkennt, daß die UdSSR von dem entsetzlichen Stalinismus abgehoben ist, obwohl sie trotzdem nicht sozialistisch ist; daß sie eine große Industriemacht geworden ist: niemand übersieht ihre technischen und wirtschaftlichen Errungenschaften oder ihre Anstrengungen für die Erziehung und Ausbildung der Jugend, und niemand übersieht oder sollte übersehen, daß der Westen an Planung und Erfüllung großer Gemeinschaftsaufgaben noch manches leisten muß, um die kommunistische Konkurrenz in friedlicher Ko-Existenz bestehen zu können. Aber wenn dies alles gesagt ist und niemand den Westen für die beste aller denkbaren Welten oder seine Volkswirtschaft für "eine ideale" halten wird - das kommunistische "Experiment" läßt nicht dazu ein, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu kopieren; seine Opfer waren dafür nicht nur zu groß, sie wurden sinnlos vergeudet. Der Verlust der Freiheit und der Gerechtigkeit lassen sich durch erzwungene Steigerungen der Wachstumsrate der Industrie nicht aufwiegen. Der demokratische Sozialismus wird manche Umwege machen müssen - aber er strebt dafür auch nicht den Himmel auf Erden an, ein Unterfangen, das meist nur die Hölle für alle bedeutet.